

"Erfreuliche Nachrichten:

1000 Euro Spende für Klage gegen Stromtrassen - Ein deutliches Signal!

Foto J.Hacker: von rechts nach links: Heike Bock, Christian Medick, Alfred Fürst, Jörg Hacker, Peter Kleinhenz, Brigitte Artmann

Foto J.Hacker: Scheck

Pressemitteilung: Bürgerinitiative Fichtelgebirge kämpft weiter

1000 Euro Spende zur Finanzierung der Klage gegen die Stromtrassen

Marktrechwitz, 17. Juli 2015. Was beim bayerischen Energiedialog bereits klar war, kommt nun zum Tragen. Die Entscheidungen über Stromtrassen werden nicht in München getroffen. Obwohl zahlreiche Kommunalpolitiker in die Verhandlungen der Großen Koalition in Berlin eingebunden waren, konnten sie keinen Erfolg erzielen – die HGÜ-Trassen sollen gebaut werden. Am 2. Juli 2015 zeigten sich die Bürgerinitiativen in ganz Bayern bei einem Treffen in Altdorf bei Nürnberg über den Kompromiss, der keiner ist, so enttäuscht, dass Sie einstimmig beschlossen einer Einladung von Ilse Aigner am darauffolgenden Tag nach Regensburg nicht zu folgen.

Nach dem Vorschlag, der als „großer Erfolg“ suggeriert wird, sollen die HGÜ-Trassen entlang Bestandstrassen geführt werden, um die Akzeptanz zu erhöhen, wird eine teilweise Erdverkabelung in Erwägung gezogen, und der Endpunkt der Süd-Ost-Passage soll in die Nähe von Landshut verlegt werden. Der konkrete Verlauf hängt von den Vorschlägen der Netzbetreiber ab und ist indes noch völlig unklar. Hierbei kann allenfalls für die Netzbetreiber und die Kohle- und Atomlobby von einem Erfolg gesprochen werden. Die Kritikpunkte von etwa 200 Bürgerinitiativen entlang der geplanten Trassen fanden keinerlei Berücksichtigung.

Die vielfach gepriesene Erdverkabelung ist der Freileitung nicht zwangsläufig überlegen, stellt sogar den gravierenderen Eingriff in die Natur dar und ist überdies ungleich teurer. Egal ob ober- oder unterirdisch, auf neuen Routen oder entlang bestehender Trassen, für die Versorgungssicherheit in Bayern sind die geplanten Leitungen nicht notwendig. Die oft zitierte „Versorgungslücke“ nach dem Abschalten der AKW in Bayern gibt es nicht, das belegt Erich Waldherr vom BN Schweinfurt in zahlreichen Vorträgen. Die Daten des bayerischen Staatsministeriums belegen hierbei, dass die gesicherte Leistung in Bayern ohne AKW zusammen mit bestehenden Stromtrassen und der im Bau befindlichen Thüringer Strombrücke bereits größer als die Jahreshöchstlast ist. Vor der Planung des Stromnetzausbaus muss ein bundesdeutsches Energiekonzept erstellt und einer strategischen Umweltprüfung unterzogen werden, erst danach kann der Bedarf des Netzausbaus festgestellt werden, so die Forderung der BI Fichtelgebirge und des BUND in

Deutschland. Der Vorsitzende des BUND Deutschland, Hubert Weiger, sagte am 10. Juli auf dem Trassenwiderstandsfest in Leupoldsgrün: Hört auf mit der Lüge, dass diese Trassen geplant sind für Windstrom, sagt den Menschen die Wahrheit, dass Kohle und Atomstrom in diesen Trassen fließen werden.

Darüber hinaus verstößt das Planungsverfahren, auf dem der gesamte Netzentwicklungsplan basiert, gegen internationales Völkerrecht. Die UN Aarhus-Konvention sieht für die Bevölkerung u. a. den Zugang zu Gerichten von Anfang an vor. Die europäische SUP-Direktive, die im deutschen Verfahren zur Anwendung kommt, schließt dies hingegen aus. Dieser Verfahrensfehler lässt die Leitungen zu Schwarzbauten werden. Die BI Fichtelgebirge und viele weitere Trassengegner unterstützen deshalb Brigitte Artmann bei ihrer Klage vor den Vereinten Nationen.

Ilona Seedorf, Dieter Kammerer, Alfred Fürst, Peter Kleinhenz, Heike und Daniel Bock, Thomas Bergner und Gerhard Grießhammer spendeten privat als Gründungsmitglieder der BI Fichtelgebirge zusammen zur Finanzierung der Klage volle 1000 Euro. Im Namen der Aarhus Konvention Initiative, die den Rechtshilfefonds für die Klage trägt, bedankte sich die Klageführerin Brigitte Artmann anlässlich eines Treffens in der Gaststätte Forsthaus im oberfränkischen Marktredwitz. Sie zeigte sich hochofret sowohl über diese bedeutende Spende als auch darüber, dass die Stromtrassengegner sich trotz der Abfuhr von Seiten der Politik nicht entmutigen lassen, und betont: "Die BI Fichtelgebirge sagt Nein setzt damit ein deutliches Signal, dass der Netzausbau ohne verbindliche Bürgerbeteiligung nicht akzeptiert wird. **Diese Klage vor dem UN Aarhus Komitee richtet sich auch gegen Fracking im Weidener Becken, das demselben Recht unterliegt.** Die Chance, eine Bürgerbeteiligung im Sinne der UN Aarhus Konvention einzuklagen braucht die Beteiligung der Bürgerinitiativen sowohl ideell als auch finanziell. Die BI Fichtelgebirge geht hier mit Ihrer 1000 Euro-Spende beispielhaft voran."

V.i.S.d.P.

Brigitte Artmann
Aarhus Konvention Initiative
Am Frauenholz 22
95615 Marktredwitz/Germany
Tel +49 0923162821
Mobil +49 01785542868
brigitte-artmann@aarhus-konvention-initiative.de
www.aarhus-konvention-initiative.de